

# EWN

Entsorgungswerk für  
Nuklearanlagen



## Pressespiegel

15.02.2022

# Inhalt

## EWN

1   <b>Tschüs, Schreibtisch</b> <i>Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung, 15.02.2022</i> .....	3
2   <b>„Nicht die Fehler von Gorleben wiederholen“</b> <i>Augsburger Allgemeine Augsburg, 15.02.2022</i> .....	4
3   <b>Ab in den Ozean?</b> <i>Frankfurter Rundschau Deutschlandausgabe, 14.02.2022</i> .....	7

 Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung | 15.02.2022 | S. 24

 Auflage: 29.839 | Reichweite: 74.194

 Carsten Hoefler

## Tschüs, Schreibtisch

### Wer teilweise von zu Hause aus arbeitet, muss womöglich auf den eigenen Arbeitsplatz im Büro verzichten - da sind Konflikte programmiert

Die Corona-Pandemie wird die Arbeitswelt wohl dauerhaft verändern. Ein zentraler Aspekt: Viele Büroangestellte wollen nach dem Ende der Pandemie zumindest tageweise weiter daheim arbeiten. Auf den eigenen Schreibtisch oder gar das eigene Büro sollen sie dann oft verzichten - dabei drohen bei der Nutzung sogenannter Shared Desks durchaus Planungsfehler mit drastischen Folgen für Unternehmen und Beschäftigte.

Mehr als die Hälfte der Unternehmen mit 250 oder mehr Beschäftigten will Erhebungen der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin (BAUA) zufolge das Homeoffice ausbauen. Und obwohl die Beschäftigten nicht ganz aufs Büro verzichten wollen, passt das durchaus zu ihren Wünschen: „Es wird darauf hinauslaufen, dass ein Großteil der Beschäftigten an bestimmten Wochentagen ins Büro kommen will“, prophezeit Nils Backhaus, BAUA-Fachmann für Arbeitsorganisation.

Naturgemäß überlegen nun viele Firmen, wie viele Büroarbeitsplätze sie eigentlich noch brauchen - zumal auch schon vor der Pandemie der Trend zum Großraumbüro mit geteilten Arbeitsplätzen ging. Doch in der Praxis ist Teilen eine komplizierte Angelegenheit, warnt Backhaus. Befragungen zufolge sind Montage und Freitage die beliebtesten Heimarbeitstage. Von Dienstag bis Donnerstag kann es in verkleinerten Büros deshalb eng werden. „Man muss unter Umständen den Beschäftigten vorschreiben, wer an welchen Tagen ins Büro kommen darf“, sagt Backhaus.

In vielen Firmen müssen die Angestellten Schreibtische elektronisch buchen. Sind die Arbeitnehmer erst einmal gezwungen, sich freie Plätze zu organisieren, führt das naturgemäß zu Verdross - erst recht wenn die Anmeldesysteme nicht reibungslos funktionieren oder wenn der Platz knapp wird. „Spitz auf knapp kalkulierte Büros scheinen mir verführerisch für den Arbeitgeber, der denkt, das wird günstiger für mich“, sagt Hannah Schade vom Dortmunder Leibniz-Institut.

„Doch eine Umstellung, die allen etwas bringt - auch dem Arbeitgeber durch gesteigerte längerfristige Produktivität und höhere Zufriedenheit der Arbeitnehmer -, die ist nicht günstig“, meint die Wissenschaftlerin. Sie rät, Räumlichkeiten lieber großzügig zu planen: „Also keine Minitelefonboxen, in denen man das Gefühl hat, keine Luft zu bekommen. Sondern verschiedene Arten von Räumen für verschiedene Tätigkeiten und genug Platz für alle Tätigkeiten, die die Mitarbeiter ausüben.“

Zu Flexibüros gibt es noch keine größer angelegten wissenschaftlichen Studien. Bereits ziemlich gründlich untersucht sind dagegen die üblichen Großraumbüros. „Man kann mit Großraumbüros Platz sparen, aber mit einer Produktivitätssteigerung kann man nicht rechnen, insbesondere dann nicht, wenn die Leute das Gefühl haben, dass sie beobachtet werden“, sagt Schade. Als zweifelsfrei erwiesen gilt etwa, dass ein hoher Geräuschpegel im Büro Stress bedeutet. Dementsprechend werden Großraumbüros angehalten, möglichst geräuschlos zu arbeiten. Im Ergebnis leidet die Kommunikation: Für eine 2018 erschienene britische Studie bauten die Wissenschaftler die Trennwände in Büros aus. Die Zahl der Gespräche von Mensch zu Mensch sank um 70 Prozent.

Backhaus geht davon aus, dass die Organisation hybrider Arbeitszeitmodelle mit dauerndem Wechsel zwischen Arbeit im Betrieb und in den eigenen vier Wänden eine große Herausforderung für Unternehmen und Beschäftigte wird. „Da kommt den Betriebsräten und Beschäftigten eine große Rolle in der Mitbestimmung zu.“

#### Zitat-Text:

**„Man kann mit Großraumbüros Platz sparen, aber mit einer Produktivitätssteigerung kann man nicht rechnen.“ - Hannah Schade, Leibniz-Institut für Arbeitsforschung an der TU Dortmund**

**In vielen Firmen müssen die Angestellten bereits Schreibtische elektronisch buchen, wenn sie im Büro arbeiten wollen.**

## Augsburger Allgemeine

📰 Augsburger Allgemeine Augsburg | 15.02.2022 | S. 6

📄 Auflage: 29.305 | Reichweite: 93.808

👤 Michael Kerler, Stefan Küpper

### „Nicht die Fehler von Gorleben wiederholen“

**Interview Wolfram König ist Präsident des Bundesamtes für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung. Er überwacht und bewirbt das offene Auswahlverfahren, mit dem der Standort für ein Endlager gefunden werden soll. Und er kritisiert den Freistaat.**

**Deutschland ist auf der Suche nach einem Endlager für den hoch radioaktiven Müll der Atomkraftwerke. Wie wird denn ein Endlager am Ende aussehen, wenn alles dort eingelagert ist?**

König: Am Ende wird oberirdisch nichts mehr auf das Endlager hinweisen, die Anlagen werden abgerissen. Das Ziel ist ja, einen Ort zu finden, der die Sicherheit durch die Geologie gewährleistet. Also eine tiefe Schicht, in welcher die gefährlichsten Stoffe, die die Menschheit produziert hat, eine Million Jahre sicher von der Umwelt abgeschirmt liegen, in mehreren hundert Metern Tiefe. Durch das Gesetz ist aber vorgegeben, dass die Abfälle noch nach 500 Jahren wieder über ein neues Bergwerk aus dem Gestein geborgen werden können. Für den Fall, dass kommende Generationen zum Beispiel bessere Lösungen für den hoch radioaktiven Müll sehen.

**Wie kennzeichnet man einen Standort denn über Jahrhunderte, von dem oberirdisch nichts mehr zu sehen ist, den nachfolgende Generationen aber auch nicht vergessen dürfen? Soll man eine Pyramide darauf bauen?**

König: Verhindert werden muss, dass kommende Generationen zufällig in die Gesteinsschichten vordringen und sich so gefährden. Es ist eine besondere Herausforderung, für einen so langen Zeitraum eine Aufmerksamkeit für die in der Tiefe ruhenden Gefahren zu erzeugen. Wie kann man das vermitteln? Durch schriftliche Dokumentation, klar, wobei sich dabei sofort die Frage nach der Sprache und der Haltbarkeit des Informationsträgers stellt. Es gibt verschiedenste Forschungsansätze: Einer ist zum Beispiel, gentechnische Veränderungen am Standort vorzunehmen, die eine Aufmerksamkeit bei Pflanzen oder der Tierwelt mit sich bringen. Das alles ist schwierig. Letztlich muss man davon ausgehen, dass so ein Wissen über die Jahrtausende nicht erhalten werden kann. Wir müssen den Endlagerstandort deshalb so wählen, dass man ihn grundsätzlich vergessen darf und nicht eine

dauerhafte Überwachung notwendig ist.

**Wann rechnen Sie denn damit, dass in Deutschland ein Endlager fertig ist?**

König: Bis 2031 soll ein Standort durch den dann gewählten Deutschen Bundestag bestätigt und beschlossen werden. Daran schließt sich ein Genehmigungsverfahren an. Frühestens 2050 könnte somit ein Endlager für hoch radioaktive Abfälle in Betrieb sein. Das ist vor dem Hintergrund bisheriger Erfahrungen ein ausgesprochen ehrgeiziger Fahrplan. Damit ist der Atommüll aber längst nicht aus den Zwischenlagern entfernt. Wenn Ende 2022 das letzte Atomkraftwerk abgeschaltet ist, werden wir in Deutschland 1900 Behälter mit hoch radioaktivem Abfall haben. Je nach den örtlichen Gegebenheiten des Endlagers muss der Abfall in andere Behälter verpackt und dann unter Tage gebracht werden. Bis der Bergbau geschlossen werden kann, wird es nochmals mehrere Jahrzehnte dauern.

**Wie verlässlich sind geologische Aussagen über eine Million Jahre?**

König: Als Nicht-Geologe mag einem eine derartige Zusicherung vermessen erscheinen. Die Grundlage für diese Prognose bildet aber der Blick in die Erdgeschichte. Es sind zum Beispiel die Veränderungen durch Hebungen und Senkungen, Warm- und Eiszeiten, die es auf dem Gebiet von Deutschland in den vergangenen 250 Millionen Jahren gegeben hat. Auf dieser Basis sind belastbare Betrachtungen für den Zeitraum von einer weiteren Million Jahre im Voraus möglich.

**Wo steht Deutschland im internationalen Vergleich in der Endlagersuche?**

König: Man hat die Herausforderungen, die mit der Endlagerung verbunden sind, massiv unterschätzt oder auch bewusst verdrängt. Bis heute haben wir

weltweit kein betriebsbereites Endlager für hoch radioaktive Abfälle. Einzelne Länder wie Finnland, Schweden oder die Schweiz sind auf dem Weg dorthin aber erheblich weiter als Deutschland. Wichtig ist, dass wir nun – im Gegensatz zur Auswahl des inzwischen verworfenen Endlagerstandortes in Gorleben – ein systematisches, wissenschaftsbasiertes, transparentes Verfahren haben, das immer wieder auf dem jeweils neuen Kenntnisstand aufbaut und diesen öffentlich zur Diskussion stellt. Die Entscheidung für Gorleben hatte damals den Eindruck vermittelt, dass es hier um rein politische Interessen ging und eben nicht um fachliche Eignung.

**Begonnen haben wir bei der Endlagersuche mit einer weißen Landkarte. Die ist jetzt über die Hälfte bunt eingefärbt. Große Regionen – auch in Schwaben – sind dabei. Was folgt nun?**

König: Es folgt die Eingrenzung auf wenige, vertieft zu untersuchende Standortregionen. Beauftragt ist damit die Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) mbH, die im März zunächst das weitere Vorgehen hierfür öffentlich vorstellen will. Das Unternehmen hat schon für den ersten Schritt mehr Zeit gebraucht als ursprünglich vorgesehen. Das liegt maßgeblich an der Tatsache, dass mit diesem Verfahren alle Beteiligten Neuland betreten. Ich teile allerdings das große Interesse insbesondere der in Teilgebieten liegenden Kommunen, dass der Schritt zur Eingrenzung zügig erfolgen muss.

**Nicht dass wir 2031 nicht halten?**

König: Das liegt maßgeblich in der Hand des beauftragten Unternehmens. Ich habe hierzu auf Nachfrage von der BGE mbH die Antwort erhalten, dass ihr bislang keine belastbaren Informationen vorliegen, die an einer Zielerfüllung bis zum Jahr 2031 zweifeln lassen.

**Wenn dann nach einem langen, fairen und transparenten Verfahren – auf Basis wissenschaftlicher Erkenntnisse – ein Standort gefunden ist, wird der dann zwangsläufig zum neuen Gorleben? Mit allen Protesten und Widerständen?**

König: Gorleben war das Sinnbild der Auseinandersetzung pro und kontra Atomenergie. Diese Frage ist in Deutschland geklärt. Dann ging es in Gorleben um die Intransparenz einer politischen Entscheidung. Die wird mit dem nun angewendeten Verfahren vermieden. Wir haben es mit einem einmaligen Verfahren zu tun. Es ist geprägt vom Lernen aus den vielen Fehlern, die in der Vergangenheit bei der Endlagersuche gemacht wurden. Natürlich werden Meinungen und Interessen aufeinanderprallen. Die sollen sich auch rei-

ben. Ich erhoffe mir natürlich auch, dass daraus ein Verständnis für diejenigen entsteht, die am Ende die Last im Interesse des Gemeinwohls zu tragen haben. Das Verfahren dient dazu, eines der ganz großen Umweltprobleme zu lösen und ein Stück Mitverantwortung zu organisieren. Worauf wir uns einstellen müssen ist die Frage: Warum muss ich das vor meiner Haustür ertragen? Hier ist die Politik gefordert. Im Ergebnis darf sich der Endlagerstandort nicht als Verlierer fühlen, sondern als derjenige, der die Lasten aller zwar trägt, dafür aber Solidarität bekommt. Die Bewohner dürfen nicht das Gefühl bekommen, den Schwarzen Peter erwischt zu haben.

**Und wenn sich tatsächlich kein sicherer Standort fände?**

König: Wenn es – gegen meine Erwartungen – dieses sichere Endlager in Deutschland nicht gibt, dann wird man über andere Lösungen nachdenken müssen. Aber diese Überlegung kann nicht am Anfang stehen. Eine internationale Lösung zu suchen, würde das Problem nur auf der Zeitachse verschieben. Nein. In Deutschland gab es in den 50er und 60er Jahren das breit getragene gesellschaftliche Einverständnis, in die Atomtechnologie einzusteigen. Atomkraft war damals ein Zukunftsversprechen, das die Lösung aller Probleme im energetischen Bereich versprach. Dieses Versprechen hat sich aber in eine Belastung umgekehrt. Jetzt muss man aufpassen, dass diese Belastung in Form des radioaktiven Mülls nicht auf kommende Generationen verschoben wird. Und zwar auf Generationen, über die wir nicht wissen, ob die ökologischen und wissenschaftlichen Bedingungen sowie der politische Wille noch ausreichend vorhanden sein werden, das Problem unter der Sicherheitsprämisse zu lösen. Zudem sind unsere ökonomischen Bedingungen hervorragend. Was also spricht dagegen, sich jetzt dieser Verantwortung zu stellen?

**Apropos: Der bayerische Umweltminister Thorsten Glauber (FW) sagte uns kürzlich: „Wir sind überzeugt, dass sich im Rahmen der weiteren Untersuchungen ergeben wird, dass Bayern kein geeigneter Standort für ein Endlager ist.“**

König: Dann könnte ja die Bayerische Landesregierung gelassen auf das Suchverfahren setzen. Doch wir sehen etwas anderes. Die politisch motivierte Festlegung gleich am Anfang, die sich im bayerischen Koalitionsvertrag nach dem Motto niederschlug, Bayern ist nicht geeignet, konterkariert, was der Freistaat selber über den Bundesrat mit auf den Weg gebracht hat: ein strukturiertes Verfahren, auf Basis der Wissenschaft, transparent und nachvollziehbar gestaltet. Um eben nicht die Fehler von Gorleben zu wiederholen. Solche

Äußerungen der Landesregierung sind jedenfalls nicht geeignet, die Glaubwürdigkeit in ein faires Vorgehen zu fördern. Das altbekannte Lied zu singen, unseren Müll sollen andere übernehmen, überzeugt aber allein

schon vor der Tatsache nicht, dass Bayern eines der führenden Länder der Atomenergienutzung war.

*Interview: Michael Kerler und Stefan Küpper*

## Ab in den Ozean?

### Seit Jahren streitet Japan mit seinen Nachbarn, ob das verstrahlte Kühlwasser von Fukushima ins Meer geleitet werden darf. Nun erstellt die Internationale Atomenergiebehörde ein Gutachten

Die Atomruine von Fukushima wird allmählich zu einem Wasserpark. Seit vor fast elf Jahren das Atomkraftwerk an der japanischen Nordostküste havarierte, müssen die betroffenen Reaktoren laufend mit Kühlwasser versorgt werden. Doch was einerseits noch größere Schäden vermieden hat, sorgt andererseits für einen derartigen Platzmangel, dass sich Japans Regierung schon seit Jahren fragt: Wohin mit dem verbrauchten Wasser?

Die kontroverse Antwort, die schon vergangenen April endgültig verkündet wurde: in den Ozean. Was den japanischen Krisenmanagern als einzige logistisch praktikable Möglichkeit erschien, sorgte international schnell für Aufregung. Nicht nur Umweltschutzorganisationen verurteilen den Schritt als verantwortungslos, weil auf diese Weise Tieren wie Pflanzen im Meer und daher dem gesamten Ökosystem geschadet werde. Auch Japans Nachbarstaaten China und Südkorea haben das Vorhaben deutlich kritisiert.

Nun bemüht sich die japanische Regierung um Streit-schlichtung – allerdings nicht etwa, indem die Pläne geändert werden, sondern durch ein Gutachten von oberstem Rang. Fachleute der Internationale Atomenergiebehörde (IAEA) sind von diesem Montag bis Donnerstag in Tokio und Fukushima vor Ort, um sich die Pläne und Vorkehrungen anzusehen und dann ein Gutachten zu erarbeiten. Die IAEA gibt an, Japans Regierung habe „die Unterstützung der IAEA angefragt, um sicherzustellen, dass das Vorhaben im Rahmen internationaler Sicherheitsstandards erfolgt, ohne der öffentlichen Gesundheit und der Umwelt zu schaden“.

Am 11. März 2011, als Japan zuerst von einem Erdbeben mit der Stärke von 9,0 erschüttert und kurz darauf die Nordostküste von einem 20 Meter hohen Tsunami überschwemmt wurde, erlitt das am Meeresufer erbaute Atomkraftwerk Fukushima Daiichi einen GAU. Durch die sogenannte Dreifachkatastrophe, der schwersten Japans jüngerer Geschichte, starben rund

20 000 Menschen, Hunderttausende verloren ihr Zuhause. Bis heute bleiben ganze Orte evakuiert. Und für die Kühlung der Atomruine fallen täglich 140 Tonnen Wasser an, die bisher in mehr als 1000 Tanks auf dem Gelände gelagert werden.

Ehe das Wasser in den Ozean geleitet werden soll, wird es mit einer Technologie namens ALPS gefiltert. Hierfür plant die Betreiberfirma Tepco einen rund einen Kilometer langen Tunnel auf dem Meeresboden, durch den das gefilterte Kühlwasser verklappt werden soll. Streit besteht unter anderem um die Qualität des Filterprozesses. Denn während viele schädliche Stoffe herausgefiltert werden können, gelingt dies nicht gleichermaßen mit dem radioaktiven Tritium. Tepco argumentiert, die geringen übrigen Mengen seien nicht schädlich, zumal wenn das Wasser noch verdünnt werde.

Von der IAEA soll auch hierzu eine vermeintlich unabhängige Einschätzung kommen. Dabei ist nicht zu erwarten, dass die IAEA zu einem Urteil gelangen wird, dass allzu kritisch ausfällt. Die Institution, die seit 1957 eine beratende Funktion bei den Vereinten Nationen einnimmt, soll laut ihrer Satzung „den Beitrag der Atomenergie zu Frieden, Gesundheit und Wohlstand auf der ganzen Welt“ beschleunigen und vergrößern. Es handelt sich insofern um eine Organisation, deren Herangehensweise an Themen rund um die Atomkraft als eher wohlwollend gilt.

Japanische Wissenschaftler, die mit der IAEA zusammenarbeiten, sind schon länger von der Idee überzeugt, das behandelte Wasser in den Ozean abzulassen. Auf die Frage, ob etwa das Surfen vor der Küste Fukushimas gefährlich sei, sagte Akashi Makoto vom Nationalen Institut für Strahlenforschung, dass sich selbst radioaktives Wasser im Meer derart schnell vermische, dass die Konzentration nur noch sehr gering sei. So sei die Strahlung, die von der Sonne ausgehe, riskanter.

Dabei geht es bei der Kontroverse nicht nur um die tatsächlichen Gefahren, sondern auch um die wahrgenommenen. So setzen sich Fischereiverbände an der japanischen Küste seit Jahren gegen die Meeresverklappung ein, weil sie einen Imageschaden für ihre Fänge befürchten. Während die EU mittlerweile wieder Lebensmittelimporte aus Fukushima und den angrenzenden Präfekturen erlaubt, gelten die nach dem Atom-GAU von China und Südkorea verhängten Im-

portstopps weiterhin. Taiwan hob seine erst diesen Monat auf.

Im Frühjahr 2023 soll damit begonnen werden, das gefilterte Kühlwasser in den Ozean zu leiten. Dass ein Gutachten von der IAEA die Wogen zwischen Japan, den Nachbarstaaten, Umweltorganisationen und den Fischereiverbänden in Fukushima glätten wird, ist allerdings eher unwahrscheinlich.